

Schulden- und Währungskrise nutzen... ... für ein staatsunabhängiges weltweites Grundeinkommen

1.) Ausgangspunkt

Im vergangenen Jahr veröffentlichte ich auf

[https://www.grundeinkommen.de/13/11/2011/](https://www.grundeinkommen.de/13/11/2011/weltweites-bedingungsloses-grundeinkommen-und-internationaler-ausgleich.html)

weltweites-bedingungsloses-grundeinkommen-und-internationaler-ausgleich.html

Gedanken zu einem weltweiten Grundeinkommen.

Zwei Argumente aus jenem Aufsatz nehme ich

als Startpunkt für meine heutigen Überlegungen:

- a) Ein weltweites bedingungsloses Grundeinkommen für alle Menschen ist besser als ein Grundeinkommen, das auf die Einwohner von reichen Ländern begrenzt ist, von deren Wohlstand Menschen aus ärmeren Ländern mit Gewalt ferngehalten werden.
- b) Es ist zu begrüßen, wenn ein weltweites Grundeinkommen und eine Öffnung der Staatsgrenzen dazu beitragen, dass sich die Volkswirtschaften in Lohn- und Preisniveau sowie Massenkaufkraft einem weltweiten Durchschnitt annähern.

Im erwähnten Aufsatz skizzierte ich ein Modell, wie die Unterschiede durch **direkte Transferleistungen** von den reichen Volkswirtschaften an die armen Volkswirtschaften entschärft werden könnten. Heute möchte ich einen anderen Weg des Ausgleichs vorschlagen, wobei ich meine, dass beide Wege keineswegs im Widerspruch zueinander stehen, sondern sich gegenseitig sehr gut ergänzen können.

2.) Eine neue Währung aus der Mitte der Zivilgesellschaft

Motiviert zu meinem heutigen Vorschlag wurde ich durch die seit längerem fast täglich in den Massenmedien beschworene Krise des Euro-Systems. Ich fragte mich, wie wir diese Krise nutzen könnten für einen Schritt zu einem internationalen Grundeinkommen, dessen Finanzierung unabhängig ist von den heruntergewirtschafteten öffentlichen Haushalten der souveränen Staaten.

Die Antwort ist im Kern einfach:

- Aus der Mitte der internationalen Zivilgesellschaft wird eine Weltzentralbank gegründet, die eine neue Währung herausgibt.
- Die Kräfte der Zivilgesellschaft, die diese Gründung befürworten, erstreiten von den souveränen Staaten die Duldung, dass nun eine neue Währung mit den bisherigen Währungen um das Vertrauen der Marktteilnehmer konkurrieren darf.

3.) Finanzierung für das Grundeinkommen im neuen Währungssystem

Den Gewinn aus der Geldemission verwendet die neue Bank ausschließlich und unverzüglich dafür, jeder Erdenbürgerin und jedem Erdenbürger ein bedingungsloses und gleiches monatliches Grundeinkommen zu ermöglichen. Den bei der individuellen Auszahlung erforderlichen Verwaltungsaufwand sollen die kommunalen Behörden vor Ort tragen, in armen Ländern ggf. organisatorisch unterstützt durch direkte vertrauensbildende Partnerschaften mit Gemeinden aus reichen Ländern.

Ich bin dabei zu recherchieren, wie hoch der Emissionsgewinn ist. Die Gewinn- und Verlustrechnung der Bundesbank für 2011 weist Nettozinsgewinne einer Größenordnung von nur 1 bis 2 Promille des Bruttosozialprodukts der BRD aus.¹ Bevor wir solche Zahlen als sicheren Anhaltspunkt nehmen, wäre zu überprüfen, ob die Bundesbank Zinsgewinne in anders bezeichneten Positionen ihrer Bilanz versteckt.

Damit die von der Weltzentralbank ausgezahlten Grundeinkommensbeträge ein ernsthafter Baustein für ein teilhabesicherndes Grundeinkommen bilden, schlage ich eine weitere Finanzierungsquelle vor, die ebenfalls von der Weltzentralbank organisiert werden kann, und zwar mittels der Vertragspolitik gegenüber den Geschäftsbanken, ohne Verleihung von Hoheitsrechten der souveränen Staaten an die Weltzentralbank.

Immer wenn eine Geschäftsbank in der neuen Währung eine Gutschrift bucht, werden 4% des gutzuschreibenden Betrages an die Zentralbank abgeführt und 96% erhält der Empfänger. Wie komme ich auf 4%? So hoch war die Umsatzsteuer in Deutschland, bevor sie im Jahre 1968 durch eine 11%ige Mehrwertsteuer ersetzt wurde. In den Girossystemen der hochorganisierten Geldwirtschaften ist eine solche allgemeine Umsatzabgabe die einfachste Art eine Abgabe zu organisieren. Die Abführung der Abgabe kann vom kontoführenden Computer automatisch realisiert werden.

4.) Allgemeine Umsatzabgabe als Alternative zur Mehrwert-/Konsumsteuer und zur Lohn-/Einkommensteuer

Wie viel eine solche Abgabe erbringt, hängt davon ab, wie viele Geldzahlungen zwischen Marktteilnehmern durchschnittlich in den Produktionsketten geschehen. Aus Rückfragen bei Fachleuten erhielt ich die Antwort, dass in hochgradig arbeitsteiligen Gesellschaften durch eine solche Abgabe etwa 10% bis 20% des Bruttosozialprodukts zur Finanzierung des Grundeinkommens abgeschöpft werden können. In der BRD mit einem Bruttosozialprodukt von 2.500 Milliarden Euro wäre das eine Abschöpfung von 250 bis 500 Milliarden Euro.

¹) http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Bundesbank/Aufgaben_und_Organisation/Mitteilungen/Jahresabschluss/2012_03_13_10002.pdf?__blob=publicationFile

Dass diese Größenordnung erreicht werden kann, zeigt der Vergleich mit der Mehrwertsteuer und der Lohn-/Einkommensteuer. Die Mehrwertsteuer mit Steuersätzen von 19% bzw. 7% realisierte im vergangenen Jahr – trotz des Vorsteuerabzugs in allen dem Verkauf an Endverbraucher vorgelagerten Eigentümerwechseln – knapp 200 Milliarden Euro in Deutschland, und die Lohn-/Einkommensteuer (die ebenfalls nur einen Schnittstellentyp erfasst) erwirtschaftet ebenso knapp 200 Milliarden Euro.²

Mit den Stichworten *Mehrwertsteuer* (die auch mit dem Synonym "Konsumsteuer" bezeichnet wird) und *Lohn-/Einkommensteuer* sind jene beiden Steuerarten angesprochen, auf denen die bekanntesten Finanzierungsmodelle für ein vom souveränen Nationalstaat organisiertes Grundeinkommen beruhen. Diese beiden Steuerarten sind im modernen Kapitalismus deshalb so beliebt, weil sie nur den Endverbraucher betreffen: Die Mehrwertsteuer belastet ihn als Konsumenten, die Lohn-/Einkommensteuer belastet ihn als Empfänger eines Einkommens. Beide Steuerarten schonen hingegen die als juristische Personen agierenden Banken, Fonds und Konzerne. Sinn dieser Schonung ist die Förderung der Kapitalakkumulation. Aktuell zirkuliert auf den Vermögenmärkten aber viel zuviel Kapital. Analysten nennen das eine "Blase" und befürchten, dass durch die hohen Summen, die heute mit spekulativer Absicht bewegt werden, die realen Produktionsprozesse leicht destabilisiert werden können. Also brauchen wir heute ein Steuersystem, das uns als Endverbraucher und Gehaltsempfänger schont, jedoch die Sphäre der Banken, Fonds und Konzerne in die Pflicht nimmt. Die allgemeine Umsatzabgabe kann den Kern eines solchen neuen Steuersystems bilden, die von ATTAC vorgeschlagene Steuer auf Finanzmarkttransaktionen nach dem Tobin-Modell reicht hierfür nicht aus, weil sie mit zu geringen Steuersätzen (unterhalb von 1%) operiert.

Sofern die Zentralbank das Girossystem effizient kontrolliert, was heute kein Problem zu sein braucht³, werden sich gerade die juristischen Personen, also auch die Banken, Fonds und Konzerne der allgemeinen Umsatzabgabe **nicht** entziehen können. Unser alltäglicher Konsum hingegen wird um keinen Deut stärker belastet werden als irgendeine Investition oder Kapitalanlage. Zusammen mit dem bedingungslosen Grundeinkommen signalisiert die allgemeine Umsatzabgabe den Investoren, dass das neue System die Massenkauftkraft stärkt und der Trend eben nicht mehr zu Steuergeschenken für Großprojekte und Risikotechnologie geht.

5.) Welche Art von politischer Macht braucht es für das neue System?

Die Idee, dass ein internationaler Kongress von Nichtregierungsorganisationen eine Grundeinkommenszentralbank ins Leben rufen könnte, wie ich sie hier vorschlage, dürfte aus machtpolitischen Gründen auf großen politischen Widerstand stoßen. Die Staatsmacht wird wenig Inte-

²) http://de.wikipedia.org/wiki/Steueraufkommen_%28Deutschland%29

³) Vgl. die Vollgeldreform, wie sie von www.monetative.de/?page_id=61 vorgeschlagen wird; als ausführliche Monografie zum Thema >> Joseph Huber: Vollgeld: Beschäftigung, Grundsicherung und weniger Staatsquote durch eine modernisierte Geldordnung. Berlin 1998.

resse an der Neuerung haben, fuhr sie doch bisher die Zentralbankgewinne aus der Geldemission ein.

Außerdem werden viele große und kleine Chefs in Wirtschaft und Politik dem Grundeinkommen mehr als skeptisch gegenüberstehen, denn mit der neuen Einkommenssicherheit dürfte es vielen von uns leichter fallen, zu schlechten Arbeitsbedingungen nein zu sagen und Opposition gegen Unterdrückung zu wagen. Für die Privilegierten mit ihren Herrschaftsstrategien bedeutet es erst einmal Verunsicherung, wenn sich die Verhandlungsposition der bisher Unterdrückten substanziell verbessert. Die neue Chance auf nachhaltigen sozialen Frieden und auf einen nicht mehr durch Not, sondern durch positive Anreize motivierten Arbeitseinsatz wird meist gar nicht erst in den Blick genommen. Also müssen wir damit rechnen, dass autoritäre Kräfte überall auf der Welt ein Verbot der neuen, mit dem Grundeinkommen verbundenen Währung durchsetzen wollen.

Angesichts solcher Gegner werden auch hochangesehene Persönlichkeiten, Gremien und Kongresse einen schweren Stand haben. Das neue Modell werden wir nur dann durchsetzen, wenn wir unseren Absichten Nachdruck verleihen durch regelmäßige weltweite Massendemonstrationen, Streiks und vielfältigen zivilen Ungehorsam.

Hierbei gibt es allerdings einen bedeutsamen Unterschied zu bisherigen sozialen Umverteilungskämpfen, die im Neoliberalismus in die Krise gerieten.⁴ Die im Neoliberalismus so bestimmende Taktik des "Teile und herrsche" verfängt nicht beim vorgeschlagenen Modell eines einheitlichen weltweiten Grundeinkommens aus den Mitteln der Weltzentralbank. Wo und wie dann auch immer deren Rechte verletzt werden, bedeutet es einen Angriff auf die Höhe des Grundeinkommens **aller** Menschen. Darauf antworten können neue sich quer durch die ganze Welt globalisierende Bündnisse sozialer Solidarität, die von oligarchischer Politik schwerer aufzusplintern sind als eingrenzbare Betroffenenkreise (z.B. von Arbeiterkämpfen, Emanzipationsbewegungen, antirassistischen Kämpfen, Umweltbewegungen).

6.) Linderung, vielleicht sogar Lösung des Schuldenproblems

Sobald die neue Währung immerhin für Einkäufe des täglichen Bedarfs und den damit verbundenen Produktionsketten weltweit akzeptiert wird, könnte der Widerstand von Seiten der souveränen, aber überwiegend hochverschuldeten Staaten schnell nachlassen: Die Parlamente und Regierungen könnten eine Einstellung oder Minderung des Schuldendienstes beschließen, ohne dass sie einen Zusammenbruch der Produktion befürchten müssten: Denn die Schulden sind in den alten Währungen definiert, und wenn deren Funktionsfähigkeit durch Einstellung oder Minderung ihres Schuldendienstes oder durch Seignorage gestört wird, können alle

⁴) In diesem Zeitalter ist viel Substanz des Gemeinwesens der Standortkonkurrenz geopfert worden; forcierte Privatisierung hat langfristig die soziale Optionen für die staatliche Politik geschwächt. Angesichts der verschärften Konkurrenz sind starke Bündnisse der Solidarität jetzt immer schwerer zu schmieden und haben oligarchische Strukturen mit der Taktik des "Teile und herrsche" ein leichtes Spiel.

Marktteilnehmer insbesondere für ihre kurzfristige Geschäfte schnell zur neuen Währung wechseln. Dieser erhöhte Bedarf nach der Währung lässt ihren Kurswert gegenüber den alten Währungen steigen. Damit verliert der Kurswert aller in den alten Währungen vereinbarten langfristigen Verbindlichkeiten, also aller Staatsschulden und der Wohnungs- und Gewerbeten und Hypotheken, deutlich an Wert gegenüber der neuen weltweiten und mit dem Grundeinkommen verknüpften Währung. Ich frage: Gibt es eine bessere und ebenso marktkonforme Lösung für das Staatsschuldenproblem und die Blase der Vermögensmärkte?

7.) Ergänzungsbedarf und weitere Finanzquellen

In der Anfangszeit des neuen Währungs- und Grundeinkommenssystems, in der die gegenwärtigen Unterschiede in den Lohn- und Preisniveaus noch nicht abgeschmolzen sind, werden wir in den hochpreisigen Volkswirtschaften lokaler Zuschläge zum weltweiten Grundeinkommen bedürfen, damit das Grundeinkommen auch dort ein teilhabesicherndes Niveau erreicht. Die Verantwortung für solche Zuschläge müssen aber die politischen Kräfte und Institutionen vor Ort tragen.

Falls das von der Weltzentralbank erwirtschaftete Grundeinkommen im weltweiten Durchschnitt kein teilhabesicherndes Niveau erreicht, werden wir weitere Finanzierungsquellen erschließen müssen, z. B. in Form einer Ökodividende⁵ aus ökologisch orientierten Steuern und Abgaben (Emissionszertifikatehandel, Bodenschätze, ökologischer Fußabdruck...). Die hierfür notwendigen Institutionen können regional und weltweit unabhängig von der Weltzentralbank errichtet werden.

⁵) Näheres bei

a) Gianluca Busilacchi: "Zwei Probleme, eine Lösung: ein globales Grundeinkommen", in: Manfred Füllsack (Hrsg.): Globale soziale Sicherheit. Grundeinkommen - weltweit?, Berlin 2006, S. 71-79. Busilacchi will das weltweite Grundeinkommen finanziert aus den Abgaben auf die Kohlendioxid-Emission finanzieren (Emissionszertifikate-Handel).

b) Alwine Schreiber-Martens: Ein Grundeinkommen für alle aus Abgaben für die Nutzung der Naturressourcen, Zeitschrift für Sozialökonomie 2007, S. 27-32,

<http://www.archiv-grundeinkommen.de/schreiber-martens/Ressourcen-GE.htm>

c) <http://damian-ludewig.de/> (den Menüpunkt "Ökologisch-soziale Ressourcensteuern" anklicken)